

Keine vertrauensbildende Medizin der G-20

Aller Augen waren in den letzten Tagen auf die Vorbereitung des G-20-Gipfels in London gerichtet. Das ist bei solchen Grossanlässen immer so. Es entwickelt sich eine Eigendynamik, der man sich schwer entziehen kann. Vor allem wird eine übertriebene Erwartungshaltung aufgebaut, der die Hauptdarsteller des Theaters, die Politiker, nie gerecht werden. Seit Jahrzehnten klafft zwischen den vollmundigen Ankündigungen solcher Gipfel und der Umsetzung ein breiter Graben. Natürlich entsteht da und dort Vernünftiges, kaum jedoch Grosses. Die Schlusserklärungen bestehen vor allem aus Versprechungen, die schnell vergessen gehen, gegen die unverfroren verstossen wird oder die bestenfalls inhaltsleer sind.

Das wird auch diesmal nicht anders sein. Wer das Londoner Communiqué liest, dem wird schwindlig ob der Aufzählung all des «Guten», das geschehen soll, und des heimeligen Wir-Gefühls, das zelebriert wird: «We commit», «We reaffirm», «We are resolved» – ohne Ende. Anders als bei früheren Grossinszenierungen ist jedoch, dass die Wirtschaftslage so düster ist wie noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg. Das scheint den Aktivismus der Politiker erst recht zu beflügeln und in den Augen jener, die vergessen, dass der Staat im weitesten Sinne die Voraussetzungen für den Flächenbrand geschaffen hat, auch zusätzlich zu legitimieren. Vergessen geht dabei, dass die lockere Geldpolitik in den USA die Grundlage für Masslosigkeit und Gier gelegt hat, dass fast alle Staaten in guten Zeiten unbekümmert Haushaltsdefizite produziert haben, statt für schlechte Zeiten vorzusorgen, dass Regulatoren von den Fehlentwicklungen wenig gemerkt haben oder merken wollten und dass die Politik bei der Weiterentwicklung des Freihandels versagte. Zu Recht wird im Communiqué der G-20 betont, wie wichtig die Wiederherstellung des Vertrauens wäre. Doch was aus dem bunten Strauss, der vom Umweltschutz bis zu familienfreundlichen Arbeitsmärkten fast alles umfasst, dient wirklich diesem Ziel?

Vielleicht trägt die Stärkung des Internationalen Währungsfonds dazu bei. Es mag auch sein, dass die Schaffung eines Financial Stability Board und die Regulierung der bis anhin frei schwebenden Hedge-Funds etwas bringen. Aber ob die Regulierung der Managerlöhne auch dazu zählt und wirklich in die Kompetenz von Regierungen fällt? Das sieht eher nach Populismus aus genauso wie die Attacke gegen «unkooperative Jurisdiktionen, einschliesslich Steueroasen», die im anmassenden Satz gipfelt: «Die Zeit des Bankgeheimnisses ist vorbei.» Damit wird weder die Krise bekämpft noch das Finanzierungsproblem der Staaten gelöst, noch Vertrauen geschaffen.

Überschattet wird jedoch ohnehin alles davon, dass die Politiker stolz verkünden, das von ihnen geschnürte Massnahmenpaket sei

das grösste fiskalische und monetäre Stimulierungs- und Stützungsprogramm der modernen Geschichte. Als ob man darauf stolz sein müsste. Irgendwann wird all dies finanziert und abgetragen werden müssen. Das ahnen die Bürger, und sie werden sich kaum durch das Versprechen, man sei um glaubwürdige «Exit-Strategien» bemüht, beruhigen lassen. «London» zeigt, dass man beim notwendigen Kampf gegen die Krise zunehmend vergisst, dass Umwälzungen, Strukturwandel und schöpferische Zerstörung zu einer offenen Wirtschaft gehören und dass man auf diese Weise immer mehr in eine Lage schlittert, in der die Medizin gefährlicher ist als die Krankheit. Solcherart wird man trotz allem Getöse das Vertrauen nicht zurückgewinnen.

G. S.